

EU hüllt sich in Schweigen

BILATERALE Weil die EU eine Einigung bei der Umsetzung der Masseneinwanderung vom Abschluss eines institutionellen Abkommens abhängig mache und von dieser Forderung auch nicht abrücken wolle, habe der Bundesrat den Schweizer Verhandlungsleiter, Staatssekretär Mario Gattiker, zurückgepfiffen, schrieb die «NZZ am Sonntag» in ihrer letzten Ausgabe. Die Gespräche lägen so lange auf Eis, bis die beiden Dossiers wieder getrennt verhandelt werden könnten.

Schweiz sagt Treffen ab

In Brüssel will man eine Suspendierung der Gespräche nicht bestätigen. Ein Kommissionssprecher verweist auf das für den 19. September geplante Spitzentreffen zwischen Bundespräsident Johann Schneider-Ammann und EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker in Zürich. Die beiden hätten zur Vorbereitung dieses Treffens erst noch letzte Woche miteinander telefoniert. Auch in Bern war gestern nichts Offizielles zu erfahren. EU-Insider bestätigen jedoch, dass die Schweiz tatsächlich ein für letzte Woche geplantes Treffen zwischen Gattiker und seinem Gegenpart, dem EU-Spitzendiplomaten Richard Szostak, abgesagt habe.

Ton hat sich verschärft

Auch für Staatssekretär Jacques de Watteville, der die Verhandlungen beim institutionellen Rahmenabkommen führt, ist anscheinend bis zum Meeting Juncker/Schneider-Ammann kein Termin in Brüssel mehr geplant. Laut gut informierten Kreisen habe Bundesrat Didier Burkhalter gestern gegenüber Parlamentariern gesagt, dass man nicht vom Abbruch der Gespräche reden könne, doch der Ton habe sich auf beiden Seiten verschärft. Die Forderung zur Übernahme der Unionsbürgerschaft, die Brüssel gemäss Medienberichten wieder an den Verhandlungstisch gebracht habe, bezeichnete Burkhalter als «rote Linie». Inwiefern sie den Ausschlag zur Aussetzung der Gespräche gegeben hat, ist unklar.

REMO HESS, BRÜSSEL
nachrichten@luzernerzeitung.ch

NACHRICHTEN

Kritik an Vorlage zu Bankgeheimnis

INITIATIVE sda. Wird der Schutz der finanziellen Privatsphäre in der Verfassung verankert, kommt dies nur unehrlichen Steuerzahlern zugute - darin sind sich Linke, Kantone und Bankiers einig. Der Gegenvorschlag zur Bankgeheimnisinitiative sorgt in der Vernehmlassung für viel Kritik. Die Alternative zur Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» aus bürgerlichen Kreisen will das Bankgeheimnis in der Bundesverfassung verankern. Damit soll vor allem verhindert werden, dass im Inland der automatische Informationsaustausch (AIA) eingeführt wird und die Steuerbehörden auf Bankdaten zugreifen können.

Gmür will Transparenz bei Gymis



Welche Gymnasien bilden erfolgreiche Studenten aus? Die entsprechenden Daten wären vorhanden, sie werden aber nicht ausgewertet. Im Bild: Start des Herbstsemesters 2014 an der Uni Luzern.

Bild Pius Amrein

BILDUNG Welche Gymnasien bringen erfolgreiche Studenten hervor? Die Daten liegen bereit, doch die Kantone müssen sie nicht publizieren. Nationalrätin Andrea Gmür will das ändern.

KARI KÄLIN
kari.kaelin@luzernerzeitung.ch

Die Fakten wären bekannt. Wenn die Kantone wollen, können sie herausfinden, welche Maturanden aus welchen Gymnasien ein Hochschulstudium erfolgreich abschliessen. Das Bundesamt für Statistik (BFS) stellt die Daten den Kantonen zwar nicht automatisch, aber auf Anfrage zur Verfügung. Dies schreibt der Bundesrat in einer Antwort auf einen Vorstoss der Luzerner CVP-Nationalrätin Andrea Gmür.

Hinweise auf Fehlentwicklungen

Das BFS selber analysiert die Daten nicht. Die Kantone seien am besten dafür geeignet, so der Bundesrat. Bis jetzt erkundigte sich laut BFS allerdings noch kein Kanton nach Daten über den Studienerfolg der Maturanden. Dabei hätten es die Angaben in sich. Man könnte etwa erfahren, welche Gymnasien erfolgreiche Studenten besuch haben - oder welche Schulen besonders

viele Studienabbrecher produzieren. Gmür kann nicht verstehen, dass das Datenmaterial ungenutzt vor sich hinschlummert. «Es braucht längerfristig eine öffentliche Auswertung», sagt die ehemalige Gymnasiallehrerin. Damit erhielten Schulen zum Beispiel Hinweise auf Mängel und Fehlentwicklungen.

Gmür schwebt vor, die Daten zu den einzelnen Mittelschulen alle fünf Jahre zu publizieren. Sie wolle kein Rating, um Gymnasien an den Pranger zu stellen, sagt Gmür. Sie glaubt aber, dass man dank Transparenz bei Schulen Mängel und Fehlentwicklungen aufdecken kann. Und: «Die Schulen müssen wissen, wie viele ihrer Abgänger nach wie vielen Jahren ein Studium beginnen und mit Erfolg abschliessen.» Die Bildungspolitikerin prüft einen weiteren Vorstoss. Darin würde sie den Bundesrat auffordern, den Kantonen mit Nachdruck zu empfehlen, die Daten zum Studienverlauf nach Gymnasium auszuwerten.

Einfluss soll zweitrangig sein

Bis 2009 stellte das BFS den Gymnasien die Angaben zum universitären Erfolg ihrer Maturanden automatisch zur Verfügung. Öffentliche Rankings gab es keine, auch wussten die einzelnen Gymnasien wegen des Datenschutzes nicht, wie gut sich Maturaabgänger anderer Schulen an der Universität schlugen. Nach einem Systemwechsel - neu wird auch der Studienerfolg an den Fachhochschulen und den Pädagogischen Hochschulen gemessen - verfügt das BFS

wieder über detaillierte Angaben zum Bildungsverlauf von Studenten. Das BFS verzichtet jedoch auf eine Auswertung nach Gymnasien. Der Einfluss des Herkunftsgymnasiums auf den Studienerfolg sei zweitrangig, sagt Katrin Holenstein, Chefin der Sektion Bildungsprozesse beim BFS. «Will man trotzdem den Studienerfolg nach Gymnasium untersuchen, so ist die Kenntnis der kantonspezifischen Bildungslandschaft und der Gymnasien, zum Beispiel das Angebot an Schwerpunktfächern, eine wichtige Voraussetzung, damit man nicht Äpfel und Birnen vergleicht.»

Keine Notwendigkeit für Rankings sieht der Verband Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer (VSG). «Sie verursachen politisch kurzfristig einen grossen Aufruhr, zeigen aber langfristig überhaupt keine Wirkung», sagt VSG-Vizepräsidentin Gisela Meyer Stüssi. Das grosse Problem seien derzeit ohnehin die Budgetkürzungen bei den Mittelschulen.

«Im Moment falsch»

Auch Aldo Magno, Leiter Dienststelle Gymnasialbildung des Kantons Luzern, lehnt Rankings ab. «Das ist im Moment falsch, weil der Studienerfolg ein komplexer Indikator ist», sagt er. Der Studienerfolg hänge massgeblich von den Qualitätsansprüchen einer Hochschule und der Zusammensetzung der Studenten ab. «Es könnte ja zum Beispiel sein, dass verhältnismässig viele Studenten von einer Kantonsschule ein leichtes

Studium wählen und dann abschliessen. An einer anderen Kanti aber entscheiden sich sehr viele für eine andere Studienrichtung und fallieren», so Magno. Die Dienststelle werde aber die Daten, welche das BFS den Kantonen für diesen Herbst in Aussicht gestellt habe, auswerten. Falls möglich, werde man sie den Schulleitungen auch für interne Zwecke - zur Qualitätsverbesserung - zur Verfügung stellen. Eine Art öffentliche Rangliste zum Studienerfolg nach Gymnasium plant der Kanton Luzern derzeit nicht. Wenn sich aber nach einigen Jahren zeigen würde, dass die Daten über die einzelnen Gymnasien aussagekräftig seien, spreche nichts dagegen, so Magno.

ETH-Ranking sorgte für Wirbel

Die Diskussion um Rankings und die Qualität an Mittelschulen ist nicht neu. 2009 wirbelte die ETH Zürich mit einer Studie viel Staub auf. Aufgeschlüsselt nach Schulen zeigte sie auf, wie erfolgreich Maturaabgänger das erste Studienjahr an der ETH beendeten. Isabelle Chassot, damals Präsidentin der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), lehnte Rankings rundum ab. Sie seien nicht nötig zur politischen Steuerung des Systems. Der frühere Zürcher Erziehungsdirektor Ernst Buschor hingegen plädierte öffentlich für Rankings: «Die Jugendlichen und die Eltern sollten wissen, welche Mittelschule am besten fürs Hochschulstudium vorbereitet.»

Nach SRG-Eklat: Rickli zahlt weiterhin an Kirche

KATHOLIKEN Nach der Kritik eines Theologen an ihrer Medienpolitik hat Natalie Rickli ihren Austritt aus der Kirche angekündigt. Die SVP-Nationalrätin will sie aber weiter finanziell unterstützen.

«Jetzt reicht es mir. Ich werde aus der römisch-katholischen Körperschaft austreten» - das verkündet die Zürcher SVP-Nationalrätin Natalie Rickli auf ihrer Website. Auslöser für Ricklis Abkehr von der Kirche ist ein Blog-Eintrag, verfasst von Charles Martig, dem Direktor des Katholischen Medienzentrums.

Jesus und die SRG

Martig, der im Publikumsrat der SRG sitzt, äussert darin sein Unverständnis über die medienpolitischen Ansichten

Ricklis. Die SVP-Exponentin gehört zu jenen bürgerlichen Politikern, denen das Angebot der SRG heute zu weit geht. Rickli sei eine «zerstörerische Kraft gegen die öffentlich-rechtlichen Medien», schreibt Martig. Weil der Service public für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unabdingbar sei, habe die Kirche ein grosses Interesse an dessen Weiterentwicklung. Die Politik von Rickli sei deshalb nicht sehr katholisch, schliesst der Theologe: «Ce n'est pas très catholique, Madame!» «Die Kirchenvertreter sollen das

Politisieren den Politikern überlassen», sagt Rickli. Das Bistum Chur, dem die 39-Jährige angehört, sprang der Nationalrätin gestern zur Seite: Es sei falsch, jemanden wegen Differenzen bezüglich des Verhältnisses zwischen Medien und Staat als nicht mehr katholisch zu bezeichnen, hiess es in einer Stellungnahme des Bistums, das von Bischof Vitus Huonder geleitet wird. «Jesus Christus hat nie etwas zur SRG oder zum Service public gesagt.»

Beitragspflicht bleibt

Rickli wiederum stellt klar, dass sie nur aus der römisch-katholischen Körperschaft austrete. «Ich bleibe katholisch.» Das Bundesgericht hat 2007 und 2012 festgehalten, dass dies möglich ist. Ein Kirchenaustritt beziehe sich nur auf die staatskirchenrechtliche Organisation, also die weltlichen Aspekte der Kirche. Die



«Jetzt reicht es mir. Ich werde aus der römisch-katholischen Körperschaft austreten.»

NATALIE RICKLI,
NATIONALRÄTIN (SVP, ZÜRICH)

religiöse Zugehörigkeit zur römisch-katholischen Glaubensgemeinschaft bleibt. Zwar entfällt mit dem Austritt die Kirchensteuer. Die Beitragspflicht bleibe aber bestehen, hielt die Schweizer Bischofskonferenz im Jahr 2009 unmissverständlich fest. Das Bistum Chur hat dafür einen Solidaritätsfonds geschaffen. «Wer austritt, den informieren wir über den Fonds», sagt der Medienbeauftragte des Bistums, Giuseppe Gracia. Die Höhe der Beiträge und die Regelmässigkeit der Einzahlungen sei Sache der Gläubigen. Sie werde die Kirche selbstverständlich weiterhin materiell unterstützen, hält Rickli fest. «Eine Spende für ein konkretes Projekt würde ich einem Beitrag in den Fonds allerdings vorziehen.» Sie wolle diesbezüglich das Gespräch mit dem Bistum suchen.

TOBIAS BÄR
schweiz@luzernerzeitung.ch